

gelhaft angeleitet und kontrolliert, denn sonst wäre es ausgeschlossen, daß ein so hoher Prozentsatz von Genossen Lehrern den Schuldienst ohne Wissen und Genehmigung der Landesleitungen verlassen konnte. Im Beschluß der

4. Tagung des Zentralkomitees wird darauf hingewiesen, daß Genossen Lehrer nur mit Zustimmung der Landesleitung und nach Stellungnahme des Ministers für Volksbildung der betreffenden Landesregierung aus dem Schuldienst ausscheiden können.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß von allen verantwortlichen Genossen, angefangen von den Parteileitungen der Grundorganisationen an den Schulen bis zur Landesleitung, ja bis zu den Genossen der Kulturabteilung des Zentralkomitees, die Fluktuation der Lehrer unterschätzt wurde. Den Genossen wurde nicht bewußt, daß die Erfüllung des Fünfjahrplans auf schulischem Gebiet dadurch gefährdet wird. Unter solchen Verhältnissen wird es unmöglich sein, bis Ende 1955 zusätzlich 30 000 neue Lehrer für unsere allgemeinbildenden Schulen auszubilden und das Bildungsniveau unserer heranwachsenden Jugend — wie vorgesehen — zu heben.

Um hier die gezeigten Mängel und Schwächen schnell zu überwinden, sollten

1. die Landesleitungen die Durchführung der Beschlüsse der 4. Tagung des ZK auf schulpolitischem Gebiet besser kontrollieren.
2. die Kreisleitungen künftig die regelmäßige systematische Anleitung und Kontrolle der Parteiorganisationen an den Schulen in ihren Quartalsplan aufnehmen. Verantwortlich für die Kontrolle der Durchführung ist das Sekretariat der Kreisleitung.
3. die Parteiorganisationen an den Schulen unter der Anleitung der übergeordneten Parteileitungen eine selbständige Parteiarbeit auf der Grundlage der Entschlüsse der 4. und 7. Tagung des Zentralkomitees entfalten. Sie haben einen beharrlichen und konsequenten Kampf gegen das Eindringen der feindlichen Ideologien in die Lehrerschaft unserer deutschen demokratischen Schule zu führen, insbesondere gegen die Einflüsse des Objektivismus, des Kosmopolitismus, des Sozialdemokratismus, gegen Versöhnertum und Sektierertum, gegen Lehrervereinständnisse und gegen alle unwissenschaftlichen Erziehungstheorien. Die Voraussetzung dazu ist die volle Entfaltung und ständige Anwendung der Kritik und Selbstkritik in den Parteiorganisationen an den Schulen.
4. die Parteiorganisationen für die Durchführung des Beschlusses der 4. Tagung des Zentralkomitees, wonach Genossen Lehrer nur aus dem Schuldienst ausscheiden können, wenn die Zustimmung der Landesleitung der Partei und des Ministers für Volksbildung vorliegt, durch eine systematische Aufklärungsarbeit Sorge tragen. Wenn Lehrer den Schuldienst verlassen wollen, die nicht unserer Partei angehören, so muß die Zustimmung des Ministeriums für Volksbildung vorliegen.
5. die Teilnahme der Genossen Lehrer am Parteilehrjahr so organisiert werden, daß die Genossen entsprechend ihres Niveaus eingestuft werden. Vor allem ist dafür zu sorgen, daß die qualifizierten Genossen Lehrer im nächsten Parteilehrjahr in die Zirkel für Fortgeschrittene und in die Kreisabendschulen aufgenommen werden.

Nur durch eine der Entschlüsse der 7. Tagung des Zentralkomitees entsprechende planmäßige und beharrliche Verstärkung der ideologisch-politischen Arbeit der Parteiorganisationen an den Schulen können diese die führende Rolle der Partei verwirklichen und damit entscheidend dazu beitragen, unsere heranwachsende Jugend für die Aufgaben im Kampf um ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes Deutschland mit dem notwendigen Wissen auszurüsten und sie zu einem neuen Staatsbewußtsein und zum demokratischen Patriotismus zu erziehen.

F r i t z B r u m m

Mehr Arbeiter-ur

Es gibt Genossen, die sich noch nicht darüber im klaren sind, daß die Arbeiterklasse als führende Klasse neue hoch qualifizierte Kader entwickeln muß, um diese führende Rolle ausüben zu können. Die Aufhebung des Bildungsprivilegs, die fortschrittlichen Gesetze unsere Regierung bieten alle Möglichkeiten dazu.

Die Betriebsparteiorganisationen und die demokratischen Massenorganisationen haben bisher dieser Frage zu wenig Beachtung geschenkt. Es genügt nicht, den Arbeitern Schulgeldfreiheit und Unterhaltsbeihilfe zu gewähren. Um eine entscheidende Änderung in der gesellschaftlichen Struktur der Oberschulen zu erreichen, ist es notwendig, eine geduldige und beharrliche Überzeugungsarbeit unter den Arbeitern und Bauern zu leisten, dem der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder in unserer Oberschulen und Zehnklassenschulen wird nur dann steigen, wenn unsere Arbeiter und werktätigen Bauern vor der Notwendigkeit und Richtigkeit einer solchen Politik überzeugt sind.

Wir haben es auch noch nicht verstanden — zum Ansporn für unsere Arbeiter und werktätigen Bauern — genügend zu popularisieren, warum die sowjetischen Arbeiter mit so großem Ernst und Verantwortungsbewußtsein die Ausbildung ihrer Kinder fördern

Der Beschluß der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED „Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule“ sieht vor, „Maßnahmen einzuleiten, daß künftig mehr Arbeiterkinder die Oberschule besuchen und ihnen dazu entsprechende Hilfe gewährt wird.“

Im vergangenen Jahr mußte nach dem Abschluß der Aufnahme von Schulkindern in die Oberschulen und Zehnklassenschulen jedoch festgestellt werden, daß die Zahl der aufgenommenen Arbeiter- und Bauernkinder bei weitem nicht den heutigen Erfordernissen entspricht.

Es ist notwendig, daß sich die Parteiorganisationen an den Schulen und Oberschulen, sowie in den Betrieben und Wohngebieten dieser Frage annehmen.

Die Genossen Lehrer allein sind nicht in der Lage die Werbung so durchzuführen, daß die notwendige Anzahl von Arbeiter- und Bauernkindern auf die Oberschule kommen, deshalb sollte die Zusammenarbeit der Parteiorganisationen der Schulen, Betriebe und ländlichen Gemeinden verbessert werden. So sollten zum Beispiel die Sekretäre der Parteiorganisationen an den Grundschulen jeweils den Sekretären der Parteiorganisationen der betreffenden Betriebe die Namen derjenigen Eltern nennen die für die Oberschule geeignete Kinder zur Grundschule schicken. Außerdem gilt es, die Verbindung mit den Parteiorganisationen der MAS und mit den dörflichen Parteiorganisationen aufzunehmen, wenn es sich um die Kinder von werktätigen Bauern handelt. In einer Besprechung mit den Sekretären der genannten Parteiorganisation gibt ein Genosse Lehrer über die Notwendigkeit des Oberen Schulbesuchs Aufklärung und teilt den Genossen Sekretären diejenigen Namen der Eltern mit, deren Kinder für den Besuch der Oberschule in Frage kommen. Daraufhin sind die notwendigen Vorbereitungen der Werbung zu beraten und genaue Termine festzulegen, etwa nach folgendem Plan: